



Niederschrift

über die
8. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung
(mit vorhergehender nichtöffentlicher Besichtigung ab 13.30 Uhr)
am 12.09.2013
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Heinz-Friedrich Carstens
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Dr. Heinz-Hermann Holsten
Abg.e Dr. Gabriele Hornhardt
Abg. Volker Kullik
Abg. Thomas Lauber
Abg. Ingolf Lienau
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Rolf Lüdemann
Abg. Angelus Pape
Abg. Bernd Sievert
Abg. Reinhard Trau
Abg. Christian Winsemann

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Werner Burkart
Abg. Dr. Manfred Damberg

Verwaltung

Landrat Hermann Luttmann
Erster KR Dr. Torsten Lühring
Herr Jürgen Cassier
Herr Gert Engelhardt
Frau Ulrike Jungemann
Herr Gerd Hachmöller
Herr Rainer Meyer

Entschuldigt: Herr Reinhold Becker

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 25.06.2013
- 4 Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5 Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
hier: Abschließende Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 2011-16/0545
- 6 Jahresbericht 2012 des Kreisnaturschutzbeauftragten
Vorlage: 2011-16/0541
- 7 Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP)
hier: Stellungnahme zu den allgemeinen Planungsabsichten
Vorlage: 2011-16/0539
- 8 Zukunftskonzept für die nachhaltige Entwicklung des Gnarrenburger Moores
Vorlage: 2011-16/0547
- 9 Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung des Naturdenkmals ND - ROW 78 "Buche auf Schaftrift" in Anderlingen
Vorlage: 2011-16/0540
- 10 Verlängerung der Bestellung von KAR i.R. Nottorf zum Landschaftswart
Vorlage: 2011-16/0529
- 11 Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 11.04.2013 auf erneute Befassung mit der Verordnung des Landkreises zur Einschränkung des Gemeingebrauchs an Fließgewässern
Vorlage: 2011-16/0538
- 12 Antrag der SPD/GRÜNE/WFB-Gruppe vom 27.08.2013 zur Einberufung eines Runden Tisches "Ostewehr Bremervörde"
Vorlage: 2011-16/0546
- 13 Antrag der SPD/GRÜNE/WFB-Gruppe vom 27.08.2013 zum Thema "Fracking - Bildung einer Arbeitsgruppe"
Vorlage: 2011-16/0549
- 14 Antrag des Abgeordneten Dr. Damberg vom 29.08.2013
Vorlage: 2011-16/0550
- 15 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 16 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Kullik eröffnet um 15:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Abgeordneter Dr. Damberg fragt, warum die vorhergehende Bereisung unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt wurde. Außerdem kritisiert er, dass bei seinem Antrag in der Tagesordnung das Thema nicht aufgeführt wird. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** antwortet, dass Bereisungen des Ausschusses grundsätzlich nicht-öffentlich seien. Der vorliegende Antrag (TOP 14) enthalte keine eindeutige Benennung des Themas. Er bittet darum, zukünftig z.B. durch eine Überschrift die Thematik deutlich zu machen.

Abgeordnete Dr. Hornhardt teilt mit, dass sie zum Thema „Öl- und Gasförderung“ am 11.09.2013 einen Ergänzungsantrag zu TOP 13 eingereicht habe (siehe Anlage). **Ausschussvorsitzender Kullik** weist darauf hin, dass es sich um einen neuen, eigenständigen Antrag handle. Wenn dieser behandelt werden solle, müsse er als Dringlichkeitsantrag eingebracht werden. Über die Dringlichkeit müsse der Ausschuss mit Zwei-Drittel-Mehrheit entscheiden. **Abgeordneter Dr. Holsten** erklärt, die übrige CDU-Fraktion sehe keine Dringlichkeit und schlage vor, dass sich die vorgesehene Arbeitsgruppe mit der Thematik befasse. **Abgeordnete Dr. Hornhardt** beantragt, zumindest zu Punkt 2 des Antrages die Dringlichkeit festzustellen und die Tagesordnung entsprechend zu erweitern. - Dieser Antrag findet im Ausschuss jedoch nicht die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit (8 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen).

Die Tagesordnung wird daraufhin in der vorstehenden Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Planung am 25.06.2013**

Abgeordnete Dr. Hornhardt moniert eine Passage unter TOP 7 der Niederschrift. Auf die Frage, ob es technisch möglich sei, Lagerstättenwasser vor der Verpressung zu reinigen, habe der Vertreter des LBEG nicht geantwortet, dass dies noch nicht Stand der Technik sei. Vielmehr sei gesagt worden, dass „dies zur Zeit nicht gemacht werde“. – Mit diesem Hinweis wird die Niederschrift einstimmig (4 Stimmenthaltungen) genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Landrat Luttmann berichtet wie folgt:

- Die Firma PRD Energy habe am 26.08.2013 eine Informationsveranstaltung zur geplanten Erdölbohrung in Sothel durchgeführt. Die Vertreter der Firma hätten dabei mitgeteilt, dass weder Fracking noch eine Verpressung des Lagerstättenwassers erfolgen solle. Die Antragsunterlagen für die Bohrung seien beim LBEG eingereicht worden. Dem Landkreis würden die Unterlagen noch nicht vorliegen. Es sei beabsichtigt, die Stellungnahme des Landkreises als Geschäft der laufenden Verwaltung zu erstellen.
- Im zivilrechtlichen Verfahren zur Erschließung der geplanten Deponie Haaßel liege inzwischen die Berufungsbegründung der Firma Kriete vor. Eine Erwiderng werde erarbeitet.

Nach Auskunft des Gewerbeaufsichtsamtes würden im Planfeststellungsverfahren zurzeit die Antragsunterlagen und Einwendungen geprüft. Ein Erörterungstermin solle voraussichtlich ca. Mitte Dezember 2013 stattfinden. Als Tischvorlage sei ein Schreiben der Staatssekretärin des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz vom 30.07.2013 verteilt worden (siehe Anlage). Aus Sicht der Abfallwirtschaftsplanung des Landes sei der Bestand an Deponiekapazitäten der Deponieklasse I im Landkreis Rotenburg (Wümme) und in angrenzenden Landkreisen demnach nicht ausreichend.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**
hier: Abschließende Beratung und Beschlussfassung
Vorlage: 2011-16/0545

Ausschussvorsitzender Kullik begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Wangelin und Frau Bodmann von der Klima und Energieeffizienz Agentur (KEEA) in Kassel.

Herr Wangelin trägt vor, dass das Klimaschutzkonzept nach einem Jahr Projektlaufzeit fertig gestellt sei. Im Jahr 2011 seien im Landkreis Rotenburg (Wümme) 91 % des verbrauchten Stromes regenerativ erzeugt worden, vor allem durch Windkraft- und Biogasanlagen. Das Konzept komme zum Ergebnis, dass sich im Kreisgebiet neben der Energieeinsparung auch zukünftig große Potenziale in der Nutzung erneuerbarer Energien ergeben. Insgesamt würden durch Klimaschutzmaßnahmen im Kreisgebiet kontinuierliche regionale Wertschöpfungseffekte in Höhe von ca. 88 Mio. Euro pro Jahr ausgelöst. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden sich deshalb auf Bereiche mit sowohl hohem energetischen als auch wirtschaftlichen Potenzial konzentrieren. Zur Umsetzung werde die Bestellung eines Klimaschutzmanagers empfohlen.

Im Anschluss an den Vortrag beantwortet **Herr Wangelin** Verständnisfragen der **Abgeordneten Dr. Holsten und Dr. Hornhardt**.

Eine nähere Erörterung findet zu den Auswirkungen der Biogaserzeugung statt. **Abgeordneter Lienau** ist der Meinung, dass kein weiterer Bau von Biogasanlagen erfolgen dürfe. **Abgeordneter Lauber** sagt, die Selbstversorgungsquote bei Strom von 91 % sei an sich beeindruckend, allerdings nur, wenn die negativen ökologischen Auswirkungen von Maismonokulturen außer acht gelassen würden. **Abgeordneter Trau** entgegnet, dass es seinerzeit eine Ministerin der Grünen gewesen sei, die die Landwirte aufgefordert habe, Energiewirte zu werden. Die **Abgeordneten Carstens und Pape** weisen darauf hin, dass Biogasanlagen zukünftig auch mit alternativen Stoffen (z.B. mit Gras) betrieben werden. **Diplom-Geograph Hachmöller** gibt zu bedenken, dass Biogasanlagen keine grundsätzlich schlechtere Klimabilanz aufweisen als etwa Photovoltaikanlagen.

Auf die Frage des **Abgeordneten Lindenberg**, welche Folgekosten mit dem Klimaschutzkonzept verbunden seien, antwortet **Landrat Luttmann**, dass über die Umsetzung der Maßnahmen im Einzelfall zu entscheiden sei. Denkbar seien die Schaffung einer halben Stelle für einen Klimaschutzmanager oder ein kreiseigenes Förderprogramm für die energetische Gebäudesanierung.

Abgeordneter Trau möchte wissen, in wie weit sich die Gemeinden das Klimaschutzkonzept zu eigen machen können. **Diplom-Geograph Hachmöller** erläutert, dass es sich letztlich um ein Konzept für den Landkreis handele. Jede Gemeinde behalte dadurch die Möglichkeit, ein eigenes Klimaschutzkonzept zu erstellen und gefördert zu bekommen.

Beschlussvorschlag:

Das integrierte Klimaschutzkonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Jahresbericht 2012 des Kreisnaturschutzbeauftragten**
Vorlage: 2011-16/0541

Kreisnaturschutzbeauftragter Burkart führt aus, dass er seit fast 30 Jahren über seine Erfahrungen und verschiedene Problemfelder des Naturschutzes berichte. Der Jahresbericht 2011 habe dabei ein unerwartet breites, meist zustimmendes Echo gefunden. Es sei insbesondere die Einschätzung der Entwicklungstendenzen in der Landwirtschaft, die offenbar von vielen Menschen geteilt werde. Hier stelle sich weiterhin die Frage, ob künftig nur noch große Agrarindustriebetriebe eine Perspektive haben sollen. Weitere Punkte, mit denen sich der aktuelle Jahresbericht 2012/13 befasse und auf die er besonders hinweisen möchte, seien die naturschutzfachlichen Probleme im Zusammenhang mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraft sowie die Entwicklung der Brutvogelbestände in der „Normallandschaft“.

Abgeordneter Lauber ist der Meinung, dass eine verfehlte Agrarpolitik auf EU- und Bundesebene dazu geführt hat, dass sich nur noch agrarindustrielle Großbetriebe entwickeln können. Die neue Niedersächsische Landesregierung wolle jedoch umsteuern und die bäuerliche Landwirtschaft wieder stärken. Auch der **Abgeordnete Dr. Damberg** kritisiert die Agrarpolitik der EU. Früher habe es in den landwirtschaftlichen Gemarkungen Kiebitze und Feldlerchen gegeben; diese seien durch die zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft nahezu völlig verschwunden. **Abgeordneter Pape** meint hingegen, dass man Verständnis für die landwirtschaftlichen Interessen aufbringen müsse. Die Landwirte würden mit der Bewirtschaftung ihrer Flächen ihren Lebensunterhalt verdienen.

Ausschussvorsitzender Kullik spricht die Passage im Jahresbericht an, wonach unmittelbar an den Bachläufen von Walle und Aue neue, potentiell wassergefährdende Anlagen errichtet wurden. **Bauoberrat Engelhardt** erläutert, dass an der Walle in einer Entfernung von 44 m zum Gewässerrand ein Güllebehälter gebaut wurde. Bei einem Schadensfall würde die Fließlinie der Gülle aber mehr als 50 m betragen, zudem sei eine künstliche Aufschüttung am Behälter geschaffen worden. An der Aue bei Burg Elsdorf befinde sich seit mehreren Jahren in einer Entfernung von 160 m zum Gewässer eine Biogasanlage. Eine Verwallung sei vor kurzem vom Gewerbeaufsichtsamt nachträglich angeordnet worden. In der Nähe des Baches sei zudem ein Hähnchenmaststall errichtet worden; dieser sei jedoch wasserwirtschaftlich nicht relevant. **Kreisnaturschutzbeauftragter Burkart** entgegnet, dass der Maststall in einem faktischen Überschwemmungsgebiet liege. Es sei für ihn unverständlich, wie hier eine Baugenehmigung erteilt werden konnte. Zum Güllebehälter an der Walle schlägt er einen gemeinsamen Ortstermin vor. **Ausschussvorsitzender Kullik** bittet, über das Ergebnis des Termins ggf. in der nächsten Ausschusssitzung zu berichten.

Landrat Luttmann möchte wissen, ob die im Jahresbericht enthaltenen Empfehlungen zur Windkraft auf eine Aussetzung des laufenden Verfahrens zum RROP hinauslaufen sollen. Der **Kreisnaturschutzbeauftragte** sagt, es gehe ihm darum, bei der Weiterentwicklung der Windenergienutzung den Natur- und Artenschutz im Auge zu behalten. Er empfehle, den bisher eingeschlagenen Kurs fortzusetzen.

Ausschussvorsitzender Kullik weist darauf hin, dass im vorliegenden Jahresbericht auch die personelle Unterbesetzung des Amtes für Naturschutz und Landschaftspflege angesprochen werde. **Landrat Luttmann** entgegnet, bei der Personalausstattung sei die Gesamtsituation der Kreisverwaltung zu berücksichtigen. Auch in anderen Ämtern bestehe eine hohe Arbeitsbelastung.

Punkt 7 der Tagesordnung: **Änderung des Landes-Raumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP)**
hier: Stellungnahme zu den allgemeinen Planungsabsichten
Vorlage: 2011-16/0539

Ausschussvorsitzender Kullik erläutert, dass das Land Niedersachsen eine Fortschreibung seines Raumordnungsplanes durchführe und die Träger der Regionalplanung um Stellungnahme zu den Planungsabsichten gebeten habe. Vorgesehen sei die Streichung sämtlicher Vorranggebiete für den Torfabbau, also auch der beiden Gebiete im Gnarrenburger Moor. Ein weiterer wichtiger Punkt betreffe die Abfallwirtschaft. Auf Basis des Abfallwirtschaftsplanes Niedersachsen sollten textliche Aussagen zum Bedarf an Deponieraum der Klasse I getroffen werden.

Abgeordneter Lüdemann sagt, der Landkreis Rotenburg (Wümme) müsse in seiner Stellungnahme insbesondere die Streichung der Y-Trasse aus dem LROP fordern.

Landrat Luttmann erinnert daran, dass der Landkreis eine Klage gegen das Land eingereicht habe, weil bei der RROP-Änderung 2011 die Streichung der Y-Trasse von der Genehmigung ausgenommen wurde. Das Verwaltungsgericht Stade habe die Klage am heutigen Tage abgewiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Stellungnahme des Landkreises Rotenburg (Wümme) zu den Planungsabsichten des Landes (Änderung des LROP) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Zukunftskonzept für die nachhaltige Entwicklung des Gnarrenburger Moores**
Vorlage: 2011-16/0547

Kreisnaturschutzbeauftragter Burkart fragt, ob an der vorliegenden „Gnarrenburger Erklärung“ noch redaktionelle Korrekturen möglich seien.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass der Text in der Steuerungsgruppe abgestimmt wurde. Von besonderer Bedeutung sei, dass sowohl der Vertreter der Torfindustrie als auch die Vertreterin der Bürgerinitiative der Formulierung zum weiteren Torfabbau zugestimmt hätten. Insofern bitte er, am Text nach Möglichkeit keine Änderungen vorzunehmen.

Beschlussvorschlag:

Dem beschriebenen Vorgehen sowie der „Gnarrenburger Erklärung“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Anmerkung zum Protokoll:

In der Sitzung des „Runden Tisches“ am 25.09.2013 wurden gleichwohl noch sprachliche Änderungen vorgenommen, um zu einer einstimmigen Billigung zu kommen. Der endgültige Text ist

beigefügt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung des Naturdenkmals ND - ROW 78 "Buche auf Schaftrift" in Anderlingen**
Vorlage: 2011-16/0540

Auf Nachfrage des **Ausschussvorsitzenden** erklärt **Forstoberrat Cassier**, dass die Buche auf natürliche Weise abgestorben sei. **Abgeordneter Pape** ergänzt, dass der Baum gefällt werden musste, weil eine Gefährdung der Umgebung bestanden habe.

Beschlussvorschlag:

Die Verordnung des Landkreises Rotenburg (Wümme) über die Aufhebung des Naturdenkmals ND - ROW 78 "Buche auf Schaftrift" in Anderlingen wird in der anliegenden Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Verlängerung der Bestellung von KAR i.R. Nottorf zum Landschaftswart**
Vorlage: 2011-16/0529

Ohne Aussprache empfiehlt der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag:**

Die Bestellung von KAR i. R. Nottorf zum Landschaftswart in ehrenamtlicher Tätigkeit für die Naturschutzgebiete "Ekelmoor", "Tister Bauernmoor" und "Schneckenstiege" wird für weitere 5 Jahre verlängert bis zum 31.08.2018.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 11 der Tagesordnung: **Antrag der CDU/FDP-Gruppe vom 11.04.2013 auf erneute Befassung mit der Verordnung des Landkreises zur Einschränkung des Gemeingebrauchs an Fließgewässern**
Vorlage: 2011-16/0538

Ausschussvorsitzender Kullik führt aus, dass im Kreistag am 12.03.2013 Einvernehmen bestanden habe, die Regelungen der Verordnung nach einem Jahr zu evaluieren.

Erster Kreisrat Dr. Lühring weist darauf hin, dass eine Überprüfung der Verordnung eigentlich im Frühjahr 2014 erfolgen sollte. Er schlägt deshalb vor, sich spätestens im Herbst 2014 erneut mit der Angelegenheit zu befassen.

Beschluss:

Die Gremien des Kreistages befassen sich spätestens im Herbst 2014 erneut mit der

am 12.03.2013 beschlossenen Verordnung des Landkreises zur Einschränkung des Gemeingebrauchs an Fließgewässern. Dabei sind die mit der Anwendung der Verordnung gemachten Erfahrungen auszuwerten und ggf. entsprechende Korrekturen vorzunehmen.

Zur Vorbereitung der entsprechenden Sitzungen ist rechtzeitig eine öffentliche Informations- und Anhörungsversammlung durchzuführen, bei der neben Vereinen und Verbänden auch alle interessierten Bürger ihre Anregungen einbringen können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 12 der Tagesordnung: **Antrag der SPD/GRÜNE/WFB-Gruppe vom 27.08.2013 zur Einberufung eines Runden Tisches "Ostewehr Bremervörde"**
Vorlage: 2011-16/0546

Ausschussvorsitzender Kullik erläutert, dass die alljährliche Absenkung der Oste über das Ostewehr in Bremervörde zu gravierenden Schäden an Flora und Fauna führe. Da eine Lösung über die Neugestaltung des Wehres nicht absehbar sei, müssten zwischen Verantwortlichen und Betroffenen eine Regelung zur Osteabsenkung gefunden werden. Dazu sei die vorhandene Vereinbarung zu überarbeiten.

Aus Sicht des **Ersten Kreisrats Dr. Lühring** stellt sich die Frage, welche Aufgabe der Runde Tisch haben soll. Zuständig für das Ostewehr sei der Niedersächsische Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN).

Die **Abgeordneten Pape, Dr. Holsten und Dr. Hornhardt** schlagen vor, dass ein Vertreter des NLWKN im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung über den Sachstand berichtet.

Landrat Luttmann bietet an, dass der Landkreis die betroffenen Stellen zu einem Gespräch über die Problematik einlädt. Die **Abgeordneten Lauber und Lienau** begrüßen diesen Vorschlag. Auch der **Ausschussvorsitzende** ist damit einverstanden.

Der Ausschuss empfiehlt einstimmig (4 Stimmenthaltungen), dass der Landrat die von der Absenkung des Ostewehrs betroffenen Stellen zu einem Gespräch einladen soll.

Punkt 13 der Tagesordnung: **Antrag der SPD/GRÜNE/WFB-Gruppe vom 27.08.2013 zum Thema "Fracking - Bildung einer Arbeitsgruppe"**
Vorlage: 2011-16/0549

Ausschussvorsitzender Kullik erläutert den Antrag. Große Teile des Landkreises seien von der Erdgasförderung und deren Auswirkungen betroffen. Auf der letzten Sitzung dieses Ausschusses sei daher die Bildung einer Arbeitsgruppe angeregt worden. Über die Mitglieder der Arbeitsgruppe müsse im Einzelnen noch gesprochen werden. So habe der Kreisnaturschutzbeauftragte mitgeteilt, dass seine Teilnahme nicht zwingend erforderlich sei. Auf der anderen Seite hätten die Bürgerinitiativen ein großes Interesse bekundet. Auch der Abgeordnete Dr. Damberg solle nach Möglichkeit in der Arbeitsgruppe mitwirken. **Abgeordneter Dr. Holsten** bittet, für die CDU-Fraktion nicht nur einen, sondern zwei Vertreter vorzusehen.

Eine lebhafte Debatte findet zur Frage statt, ob das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) sowie die betroffenen Unternehmen in der Arbeitsgruppe mitwirken sollen. Die **Abgeordneten Dr. Hornhardt und Dr. Damberg** lehnen deren Teilnahme ab. **Landrat Luttmann und Erster Kreisrat Dr. Lühring** geben zu bedenken, dass der gesamte Themenkomplex Auf-

gabe des Landes ist. Es mache wenig Sinn, das LBEG außen vor zu lassen, da es für die Bergaufsicht verantwortlich sei. Auch die **Abgeordneten Harling, Lindenberg und Lienau** sind der Auffassung, dass zumindest auf eine Teilnahme des LBEG nicht verzichtet werden könne.

Nachdem zur Frage, ob die Arbeitsgruppe öffentlich tagen soll, ebenfalls unterschiedliche Auffassungen bestehen, schlägt der **Abgeordnete Dr. Holsten** vor, über die Details zunächst nochmals in den Fraktionen zu sprechen und dann im Kreisausschuss zu beraten. – Hiermit ist der Ausschuss einverstanden.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung empfiehlt einstimmig, zum Themenkomplex „Erdgas- und Erdölförderung“ eine Arbeitsgruppe einzurichten.

Punkt 14 der Tagesordnung:

Antrag des Abgeordneten Dr. Damberg vom 29.08.2013
Vorlage: 2011-16/0550

Abgeordneter Dr. Damberg erläutert, sein Antrag bezwecke eine regelmäßige Grundwasserkontrolle im Einzugsbereich von Erdgasbohrstellen im Landkreis. Darüber hinaus sollten regelmäßige Kontrollen von privaten Brunnen und Gewässern auf Kosten der Firmen Exxon und RWE/DEA erfolgen. Seit mehr als 20 Jahren sei es Praxis dieser Firmen, kontaminiertes Lagerstättenwasser zu verpressen. Das Grundwasser sei dadurch möglicherweise schon verunreinigt worden.

Erster Kreisrat Dr. Lühring sagt, der Landkreis könne die geforderten Kontrollen nicht veranlassen, schon gar nicht auf Kosten der Unternehmen. Für die unter Bergaufsicht stehenden Betriebe sei das LBEG zuständig. **Bauberrat Engelhardt** fügt hinzu, dass landesweit eine Überwachung des Grundwassers und der Oberflächengewässer durch den gewässerkundlichen Landesdienst erfolge.

Abgeordnete Dr. Hornhardt vertritt die Auffassung, dass für die Kontrolle und Überwachung auch der Landkreis als untere Wasserbehörde verantwortlich sei.

Ausschussvorsitzender Kullik schlägt vor, dass die vorgesehene Arbeitsgruppe (siehe TOP 13) den Antrag behandelt. – Hiermit ist der **Abgeordnete Dr. Damberg** einverstanden.

Punkt 15 der Tagesordnung:

Anfragen

Abgeordneter Pape fragt, warum der im Frühjahr erfolgte Grünlandumbruch an der Oste bei Sandbostel keine Sanktionen nach sich gezogen habe. Auf der Fläche sei Mais angebaut worden. **Erster Kreisrat Dr. Lühring** antwortet, durch die Lage in einem vom NLWKN vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiet hätte der Umbruch eigentlich rechtswidrig sein sollen. Aufgrund eines fehlenden Rechtsbehelfes und eines Widerspruchs sei die vorläufige Sicherung jedoch zunächst nicht rechtswirksam gewesen.

Abgeordneter Winsemann möchte wissen, ob beabsichtigt sei, im Verlauf der Bever die Staustufe bei Plönjeshausen zu beseitigen. Hierzu antwortet der **Abgeordnete Pape**, dass nach und nach auch im Bereich der Bever alle Staustufen beseitigt würden.

Auf eine Frage des **Abgeordneten Lauber** antwortet **Forstoberrat Cassier**, die Aufgaben des Landschaftswarths seien im Niedersächsischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz geregelt.

Abgeordneter Harling spricht die eingebaute Sohlgleite in der Wümme bei Hellwege an. Er fragt, ob die Auswirkungen evaluiert werden. **Forstoberrat Cassier** sagt, dies würde im Rahmen der Gebietskooperation Wümme nochmals geprüft.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 16 der Tagesord- **Berichte und Anfragen**
nung:

Es liegen keine Berichte und Anfragen vor.

Ausschussvorsitzender Kullik schließt um 17:52 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Landrat

Protokollführer